

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Zobanitzgasse 33.

Veränderungen der Redaction:  
Vormittags 10—12 Uhr.

Nachmittags 4—6 Uhr.

Nur die Rückgabe eingetragener Nummern  
macht sich die Redaction nicht  
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Literatur an Wochentagen bis  
7 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 7 1/2 Uhr.

Im den Fällen für Inf.-Annahme:  
Cris. Stamm, Universitätsstr. 22,  
Joh. Köhler, Rathhausstr. 18, p.  
nur bis 7 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,200.

Abonnementpreis viertel, 4/2, Mt.,  
incl. Frangirlohn 5 Mt.,  
durch die Post bezogen 6 Mt.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Besondere Exemplare 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 25 Pf.  
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 5 Gelp. Petitzelle 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsdruck  
die Spaltzahl 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung proannumerando  
oder durch Postvorschuß.

№ 126.

Sonnabend den 10. April 1880.

74. Jahrgang.

## Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Der früher in Leipzig wohnhaft gewesene Kaufmann Christian Gottfried Mann ist in der am  
15. April 1880 Nachmittags 3 Uhr

vor dem königlichen Schöffengerichte Leipzig wider August Max Gille aus Meudnis und Genossen stattfin-  
denden Hauptverhandlung als Zeuge zu vernehmen, sein Aufenthaltsort aber nicht zu ermitteln gemeint.

Derselbe wird daher andurch öffentlich geladen, zu gebachtem Termine in dem I. Verhandlungssaale  
des königlichen Amtsgerichts hier (Dorfstraße 9, Flügel A, II. Etage) sich einzustellen und bedeuert, seinen  
Aufenthaltsort unverzüglich anzuzeigen.

Man ersucht genannten Mann im Betreffungsfalle auf diese Vorladung hinzuweisen und was über  
seinen jetzigen Aufenthaltsort bekannt ist, anzuzeigen. Die königliche Staatsanwaltschaft.  
Leipzig, am 8. April 1880.

Die königliche Staatsanwaltschaft.  
J. A. Fischer, Adv.

## Vermietungen in der Fleischhalle am Hospitalplatze.

In obiger Fleischhalle sollen die Abtheilungen

Nr. 3 und 22 sofort,  
" 2 vom 15. April d. J. an,  
" 16 vom 17. April d. J. an,  
" 29 vom 6. Juni d. J. an

gegen einmonatliche Kündigung anderweit vermietet werden und haben wir hierzu Versteigerungstermin auf  
Sonnabend, den 17. April d. J. Vormittags 11 Uhr

an Rathshalle anberaunt.

Die Versteigerungs- und Vermietungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathshaus-  
saale, I. Etage, eingesehen werden.  
Leipzig, den 30. März 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Tröndlin. Stöf.

## Die Reichskanzlerkrise.

Kaiser Wilhelm hat im Sinne des deutschen  
Volkes entschieden und dem Entlassungsgefuhe des  
Reichskanzlers sein bekanntes „Niemand!“ entgegen-  
gestellt. Das kaiserliche Handschreiben, welches  
das Gefuhe des Fürsten Bismarck ablehnt, enthält  
den Hinweis auf eine Aenderung der Verfassung  
des Deutschen Reichs. Es ist also nicht jener un-  
klare Ausweg gewählt worden, der gerichtlich  
mit der Zurückziehung der vielgenannten Reichs-  
kompensations eine Beilegung des Conflictes zwischen  
dem Reichskanzler und dem Bundesrath, und  
damit das Verbleiben des Ersteren im Amte  
herbeiführen sollte. Allerdings macht sich jetzt  
— so schreibt man aus Berlin — unter  
Reichstagsabgeordneten die Auffassung geltend,  
daß durch die Entlassung des Bismarcks  
zwischen der Wilhelmstraße und der württembergi-  
schen Regierung, wobei dem Abg. v. Barnbüler  
das Verdienst der Bereitung zugeschrieben wird,  
dem Parlamente selbst eine unbehagliche Situation  
erwachsen wird. Denn die Majorität hätte, nach  
vereinbarten Mittheilungen ihrer Führer,  
zum guten Theil gegen die Quittungsteuer ge-  
stimmt, während sich heute schon unter denselben  
Mitgliedern Umschwungsideen kundgeben, die  
darauf hinauslaufen, daß man der Verlage zu-  
stimmte, um sich mit dem Kanzler nicht in  
Conflict zu setzen. Ebenfalls wird bis zur Fertig-  
stellung der Verlage im Reichstage die Einigkeit im  
Bundesrath formell wieder hergestellt sein, wäh-  
rend die vom Reichskanzler beim Kaiser und beim  
Bundesrath anhängenden Anträge nicht lange  
auf sich warten lassen werden. Das Eine ist sicher,  
daß die Abschaffung der Vertretung schon recht bald  
glatt verlaufen dürfte, weil Aenderungen aus  
tatsächlichen Gründen vorliegen, welche den  
zwischenfall lebhaft bedauern und gern die Hand  
dazu wollen, um ähnliche Vorfälle für die  
Zukunft zu verhindern. Vermöge der Substitution  
halten am Sonnabend der besitzliche und der  
braunschweigische Bevollmächtigte zusammen be-  
nahe genau ebenso viel Stimmrecht, wie die  
Formacht Preußen, 16 gegen 17 Stimmen. Das  
Entscheidende für den Kanzler in seiner For-  
derung, diese Einrichtung abzuschaffen, ist aber,  
daß es den nach besten Anweisungen handelnden  
Bevollmächtigten unmöglich ist, auch den über-  
zeugendsten Gründen und den stärksten Einflüssen  
gegenüber ihr Votum in anderem Sinne abzu-  
geben, als von den verschiedenen kleinstaatlichen  
Regierungen, die sie vertreten, nun einmal festge-  
setzt ist. Deshalb will Fürst Bismarck lieber bei  
den wichtigeren Veranlassungen — und zu die-  
sen dürfen freilich allmählig alle legislativischen  
Vorbereitungen gehören — die leitenden Mi-  
nister aller Staaten hier versammeln, damit  
diese mit eigener Verantwortlichkeit noch im letzten  
Augenblick ihr Votum ändern können. Ob und in  
welcher Weise sich der Reichstag mit der vom Kaiser  
betonten „verfassungsmäßigen“ Lösung der Frage  
zu befassen haben wird, darüber gehen in Ab-  
schnittskreisen die Meinungen noch auseinander.

Eine Episode am Schluß der heutigen Sitzung  
hat bereits dargelegt, daß man gewillt ist, die  
neue Kanzlerkrise, deren Verlauf und Abschluß  
zum Gegenstand einer Erörterung zu machen.“  
(Siehe den Reichstagsbericht. D. Red.)

Das nunmehr erledigte Entlassungsgefuhe des  
Reichskanzlers war unserer Ansicht nach durch  
innere Verhältnisse vollkommen logisch be-  
gründet, so daß es fast überflüssig erscheinen könnte,  
Notizen dafür auf dem Gebiete der auswärtigen  
Politik zu suchen. In diesem Sinne wird uns  
aus Berlin wie folgt geschrieben: „Es fehlt nicht  
an Stimmen, welche gewisse Schwankungen und  
Widersprüche in den Beziehungen Deutschlands zu  
seinen Nachbarn, wie sie in der jüngsten Zeit  
scheinbar hervorgetreten, auf Meinungsverschieden-  
heiten des Reichskanzlers mit Kaiser Wilhelm zu-  
rückzuführen geneigt sind. Dem gegenüber ist inbe-  
zug zu betonen — und diese Ansicht wird von beachtens-  
werther Seite unterstützt —, daß es verlorene  
Viehesmäße wäre, eine Verschiedenheit der politischen  
Ziele an den maßgebenden Stellen signalisiren zu  
wollen. Weder die Freundschaftsbeziehungen des  
Kanzlers Alexander, noch der Umschwung in Eng-  
land seien im Stande, den festen Ring zu durch-  
brechen, der die nach Ost und West gerichteten  
Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns  
benähe als diejenigen eines einzigen und geschlossenen  
Staatswesens erscheinen lassen. Man ist denn  
auch in Berliner diplomatischen Kreisen sehr er-  
staunt über die nervöse Unruhe, die sich nützlich  
der öffentlichen Meinung in Oesterreich-Ungarn  
bemächtigt hat und die den Bestand und die Festigkeit  
des deutsch-österreichischen Bündnisses mit Zweifel  
und Sorge betrachtet. Aufrichtige Freunde dieser mittel-  
europäischen Allianz, welche mit den maßgeben-  
den Kreisen besprechenden Gesinnungen und Tendenzen  
genau vertraut sind, versichern, daß in jüngster  
Zeit auch nicht das Geringste geschehen sei, was  
die an der Donau laut gewordenen Befürchtungen  
von einer Vordering des beiderseitigen Einvernehmens  
durch den Eintritt einer dritten Macht recht-  
fertigen könnte. Sei wirklich durch den  
Wahltag der Whigs die Constellation der  
europäischen Politik bedrohlich verändert, so sei  
Dies ein Grund für und nicht gegen die Noth-  
wendigkeit eines engeren Anschlusses der Cabinet-  
e von Wien und Berlin. Die russischen Annäherungs-  
versuche an Deutschland begegnen hier noch wie vor  
einem tiefen und begründeten Misstrauen und es spricht  
für die Intimität unserer Beziehungen zu Oesterreich,  
daß im dortigen Auswärtigen Amte kein Zweifel dar-  
über gelassen worden ist, wie diesen Annäherungs-  
versuchen nicht einseitig Rechnung getragen werden  
kann, sondern nur gemäß den durch die deutsch-  
österreichische Interessengemeinschaft gebotenen  
beiderseitigen Pflichten und Rechten. Man  
läßt sich hier auch durch die gegenseitlich zur Schau  
gestellte Keizbarkeit der russischen officiellen  
Welt gegen Frankreich wegen der verweigerten  
Auslieferung Hartmann's nicht irren machen. Und  
in der That spricht es nicht sehr für die Tiefe der

an der Roma kundgegebenen Erregung, daß trotz  
der auffälligen Abberufung des Fürsten Orloff  
aus Paris die französische Regierung sich keines-  
wegs gemüthigt sieht, ihren Vorkämpfer Chanzy von  
der Vertretung beim Czaren Alexander zu entheben.  
Es ist dies ein Verfahren, für das sich in den  
gegenseitigen Beziehungen von Großmächten einfach  
keine Präcedenz findet. Die künftigen Unterredun-  
gen, die General Chanzy mit dem Abtats des  
Fürsten Gortschakoff, Geh. Rath Giers, gepflogen  
und zu denen Fürst Orloff zugezogen war, lassen  
weniger darauf schließen, daß der General seine  
Kaiser paten würde, als daß er bemüht sei, der  
russischen Regierung Aufklärungen zu geben, welche  
deren berechtigter oder unberechtigter Empfindlich-  
keit Genüge zu thun bestimmt sind. Man hat hier  
genau Kenntniß davon, daß jene Unterredungen  
nützlich gewesen haben und es fehlt nicht an Hinde-  
rungen auf die Art und Weise, wie die Welt dem-  
nächst durch einen officiellen Act der Aussöhnung  
zwischen Rußland und Frankreich überführt werden  
wird. So begegnet denn auch die Nachricht,  
daß Fürst Orloff binnen Kurzem auf seinen Posten  
zurückkehren werde, in der hiesigen Diplomatie  
nicht mehr jenem Zweifel, mit dem man sie noch  
vor 3 Tagen aufzunehmen sich für berechtigt hielt.  
Und wenn ein balkanisches russisches Blatt mit  
unverhohlenen Bedauern hervorhebt, daß die unbe-  
queme und wider Wunsch und Willen der betheil-  
igten Factoren erfolgte Störung der guten Be-  
ziehungen zwischen Paris und Petersburg Niemandem  
zu größerer Freude gereichen könne, als dem Fürsten  
Bismarck, so klingt daraus das lebhafteste Ver-  
langen nach einer Aenderung heraus. Darüber  
sollte man sich auch in Oesterreich klar sein, daß  
die Fehler, welche Rußland nach Berlin austreckt,  
nur ein Verlegenheitsmännchen der momentanen  
Vereinbarung sind, und daß sie in demselben  
Augenblick werden eingezogen werden, wo die  
Ernung gegenüber dem Cabinet Freycinet eine  
Lösung erbietet.“ Man darf allerdings der Lon-  
doner Presse Recht geben, wenn sie hervorhebt,  
daß mit dem Rücktritt des Fürsten Bismarck das  
Aussehen Europas sehr bald eine vollständige Ver-  
änderung erfahren haben würde. (Vergl. die  
Pol. Uebersicht. D. R.)

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. April.

Wir leben in einer Zeit der Ueberraschungen.  
Dieser Satz gilt nicht nur von deutschen Ver-  
hältnissen, denn selbst ältere Verfassungsstaaten,  
deren politisches Leben sich seit Jahrhunderten auf  
sichern Grundlagen entwickelt hat, unterliegen zu-  
weilen Erschütterungen, die einen gewaltigen  
Charakter an sich tragen. Der Hinweis auf den  
jähren Sturz des Torocabinet's, auf die über  
alles Erwarten ergiebigen Siege der Whigs wird  
unsere Ansicht bestätigen und die Frage berechtigt  
erscheinen lassen: Wird England, was die Pflege  
seiner auswärtigen Beziehungen anlangt, sein  
freundschaftliches Verhältnis gegen Oesterreich  
ändern? Oesterreich-Ungarn kann, nachdem

Fürst Bismarck mit Hilfe des Torocabinet's den  
Einfluß Rußlands auf der Balkanhalbinsel  
lahm gelegt hat, als die orientalische Vermacht  
betrachtet werden; gelänge es den Whigs, dieses  
Verhältnis durch eine Stärkung der russischen  
Politik wieder aufzuheben, so wäre damit eine  
Machtverschiebung unter den Völkern Europas  
vollzogen, welche vielleicht den Keim zu einem  
neuen Weltkriege in sich trägt. Der erste Einbruch  
der Nachrichten von dem Siege der englischen  
Liberalen war daher in Wien ein höchst unangenehmer,  
hatte man doch mit größter Zuversicht auf den  
Erfolg Beaconsfield's gerechnet. Auch jetzt ist an  
der schönen blauen Donau die Stimmung noch  
eine ziemlich unbehagliche, denn wenn man auch  
nicht mehr davon glaubt, daß Herr Gladstone an  
die Spitze des künftigen Whigcabinet's treten werde,  
so erblickt man doch nicht ohne Grund in dem  
Votum der Mehrheit der englischen Nation die  
Mißbilligung der Verfuhe Lord Beaconsfield's, das  
Vestehen der Partei zu verlängern. Man be-  
sorgt, daß nunmehr die orientalischen Fragen,  
vorab die bulgarisch-österreichische, rascher in  
Aussicht geraten werden. Auch wir glauben,  
daß die slavophilen Schwärmerereien Gladstone's  
sich sofort auf der Balkanhalbinsel geltend machen  
werden. Russische und englische Einflüsse  
werden sich hier in gemeinsamer Agitation gegen  
Oesterreich begegnen, und auch das scheint uns  
zu beachten, daß diese englische Politik in den  
Zwischenräumen des Wiener Parlamentshauses ihren  
Widerhall finden wird. Daß aber das Verhältnis  
der englischen Staatsleitung zu dem und so eng  
verbundenen Nachbarstaate nicht ohne Einfluß auf  
unsere eigenen Beziehungen zu England bleiben  
wird, läßt sich leicht ersehen. Dies ist der  
Schluß, den wir aus der Schlagzeile ziehen, nicht  
der, daß unser Verhältnis zu Oesterreich durch  
unsere eigene Annäherung an Rußland, wie durch  
die Englands an letzteres alterirt werde. Denn es  
ist im Ernst nicht daran zu denken, daß eine etwaige  
Erneuerung des Dreikaiserbündnisses sich löbend  
zwischen jenseitigen Bündnissen zwischen Deutsch-  
land und Oesterreich schieben wird, auf dem  
unsere augenblickliche Sicherheit gerade in den  
Wandelungen der Tagespolitik beruht.

Mit welcher Sympathie an den deutsch-öster-  
reichischen Freundschaftsbeziehungen in Wien  
festgehalten wird, dafür liefert die „Neue freie  
Presse“ durch einen Artikel über den Rücktritt  
des Fürsten Bismarck bereites Zeugniß. Es  
heißt darin zum Schluß:

..... Welche Antwort auf diese Erklärung ge-  
geben werden muß, liegt auf der Hand. Sie kann  
nicht anders als zustimmend lauten, und der deutsche  
Kaiser muß einsehen, daß der Mann, der ihm von  
den Schlachtfeldern in Frankreich die Kaiserkrone ge-  
holt, von Keinem abgeloßt, von Keinem ersetzt  
werden darf, wenn es gilt, Deutschland im Innern  
zu consolidiren, die Bundesverfassung im Interesse  
der Einheit umgehoben, den Bau, dessen Außen-  
wände er weiterfest gemacht hat, nun auch durch  
eiserne Klammern im Innern zusammenzufügen.  
Die große Frage der organischen Einheit steht seit  
gehört auf der Tagesordnung; es ist Zeit, aus